

Eine Verteidigung der Gießkanne

Christian Fleck

Seit einiger Zeit macht sich die öffentliche Meinung Sorgen um die Bedürftigen. Nicht erst im Wahlkampf meldeten sich aus fast allen Parlamentsparteien Stimmen, die sich dafür aussprechen, sozialstaatliche Leistungen (nur) wirklich Bedürftigen zukommen zu lassen. Da war die Rede von Treffsicherheit und Zielgenauigkeit, von der Perversion, die darin bestünde, daß ein Generaldirektor für seine Kinder genauso viel Beihilfe bekomme wie ein arbeitsloser Familienerhalter und davon, daß das System sozialer Sicherheit durchforstet gehöre.



Nicht Almosen verteilen, sondern Grundrechte sichern: Christian Fleck. F: Jungwirth

alpolitisch eingesetzte Mistgabel – führt in die Irre. Steht doch hinter all diesen Wortmeldungen die selten ausdrücklich genannte Vorstellung, die zur Diskussion stehenden sozialstaatlichen Leistungen seien von Spenden für „Nachbar in Not“ nicht prinzipiell verschieden. Wer in Not geraten sei, dem soll geholfen werden, zumindest dann, wenn er den Zustand nicht absichtlich herbeigeführt habe. Sollte letzteres der Fall sein, dann sei die Allgemeinheit schon in geringerem Maße moralisch zur Hilfeleistung verpflichtet.

Die fraglose Glaubwürdigkeit dieser Auffassung bezieht

einen Gutteil ihrer Legitimität aus der Geschichte der Sozialpolitik. Tatsächlich lassen sich die Wurzeln des modernen Sozialstaats auf die freiwilligen Fürsorgeleistungen wohlhabender Bürger und einsichtsvoller Aristokraten zurückverfolgen. Erst später setzten kollektive Selbsthilfen in Form von Unterstützungsvereinen ein. Daneben gab es aber immer schon vor allem kommunale Hilfeleistungen, zu denen allerdings die jeweils zuständigen Kommune kraft obrigkeitlicher Dekrete verhalten war.

Was in der gegenwärtigen Diskussion unterschlagen wird, ist der Umstand, daß diese sozialfürsorgliche Phase der Sozialpolitik abgelöst wurde von einer, in der den Anspruchsberechtigten ein Recht auf Unterstützung eingeräumt wurde. Dieses Recht gilt es zu verteidigen, ja auszubauen, aber nicht abzuschaffen. Darauf zu beharren, daß es sich um Rechte, nicht Almosen handelt, bedeutet nicht, daß alles so bleiben muß, wie es jetzt ist.

Man muß seine soziale Phantasie nicht über Gebühr strapazieren, um sich vorzustellen zu können, daß in Zeiten endemischer Sparwut die beamteten und anderen Vermeser der Not Dritter beim Anerkennen von Notlagen recht knauerig sein werden. Schon heute gibt es beispielsweise Bezirksdienststellen des Arbeitsmarktservice, die stolz berichten, um wieviel Prozent sie die Zahl der Sperrten der Ausbezahlung von Arbeitslosengeld im Jahresverlauf erhöht hätten. Der einen Effizienz ist allerweil noch der anderen vermehrte Not.

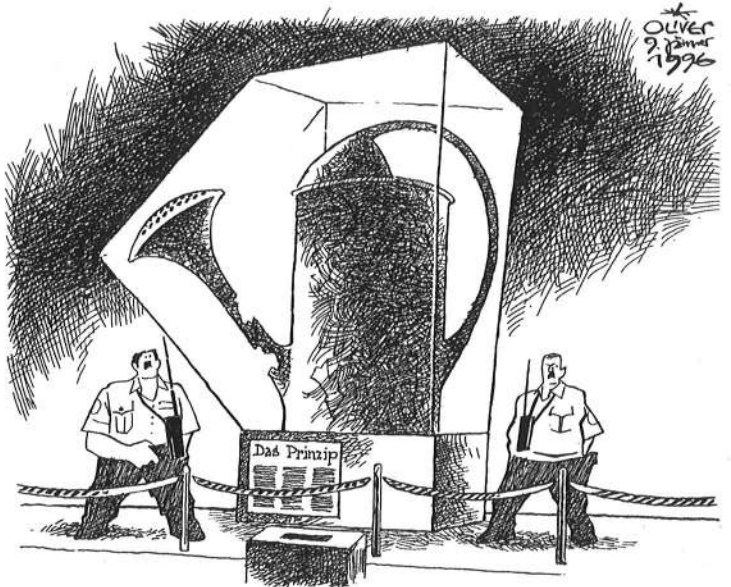
Tatsächlich krankt die sozialpolitische Entwicklung (nicht bloß in Österreich) an einem doppelten Mißstand: Zum einen erlangt die rund hundertjährige Geschichte der Sozialpolitik einer Vereinheitlichung der immer zahlreicher gewordenen Leistungen und Ansprüche und zum anderen wollte die Transformation der paternalistischen Fürsorge zum staatsbürgerlichen Rechtsanspruch nie so recht gelingen.

Typus des Sozialakrobaten

Historiker der Sozialpolitik sind sich einig darin, daß die bisherige Entwicklung zwar in eine Richtung (Ausweitung des Kreises der Anspruchsberechtigten) verlief, aber die einzelnen Wachstumsschritte eher naturwüchsig erfolgten: Beginnend bei grundlegenden sozialen Risiken – Unfall, Krankheit, Alter, Arbeitslosigkeit – wurden, wenn immer es sich der Staat leisten konnte oder er zwecks Befriedung unruhig gewordener Massen dazu genötigt war, weitere soziale Risiken (Kriegsinvaliddität, Behinderungen, Mutterschutz u. a. m.) in sozialpolitische Maßnahmen einbezogen. Zunehmend kamen dann spezielle Teile der Bevölkerung in den Genuß derartiger Leistungen:

Begonnen hat diese Entwicklung mit der von den Nazis geschaffenen Kinderbeihilfe, nach dem Krieg traten dann Jugend- und Frauenschutz und später Leistungen hinzu, die jedenfalls als sozialpolitisch gemeint waren: etwa kostenfreie Schulbücher, Schulfahrbeihilfe, etc.

Heute haben wir eine Situation, wo mancher ob der Fülle von Leistungen, die er lukrie-



Oliver P. J. 1996

Gartenschlauch oder Mistgabel?

Man mußte den Eindruck gewinnen, es sei um das österreichische Gemeinwohl wirklich schlecht bestellt, wenn derart verschwenderisch mit knappen Mitteln hantiert werde. Das Ende des Gießkanneprinzips wurde ausgerufen – und (fast) niemand protestierte. Die wenigen, die sich skeptisch äußerten, erlagen selbst noch der floristischen Metaphorik, wenn sie darauf bestanden, daß es auch Blumen nicht gut bekäme, wenn man sie mit einem Gartenschlauch gießen würde.

Der reich bilderte Diskurs – es fehlte nur noch die sozi-

ren könnte, schon manchmal den Überblick verliert: Der neue Sozialcharakter des Sozialakrobaten, der genau Bescheid weiß über alle ihm zustehenden Förderungen und Unterstützungen, ist jedenfalls ein ziemlich informierter Mitbürger – und wenig spricht dafür, daß das immer jene sind, die Leistungen besonders nötig haben. Die jüngst im STANDARD publizierte Studie des WIFO über die Umverteilung bestätigt das. Die gegenwärtige Durchforstungs- und Treffergenauigkeit rhetorik geht dennoch fehl, weil sie als ihr Ziel die Eliminierung von Unrecht bezogener Leistungen betrachtet und nicht die Sicherung eines grundlegenden Rechts.

Der Wechsel der Betrachtungsweise: weg von der obrigkeitstaatlichen Suche nach und der paternalistischen Behandlung von wahrhaft Bedürftigen hin zum Recht auf Basisversorgung ist jedenfalls auch damit verknüpft, daß Ansprüche nicht verringert, sondern neu definiert werden. Dieser sozialpolitische Kurswechsel ist durchaus vereinbar mit der Abschaffung einzelner Leistungen; das hat aber viel mehr mit Verwaltungsreform zu tun als mit der quantitativen Reduktion von Sozialleistungen.

Verwaltungsreform statt Sozialabbau

Ralf Dahrendorf, der hierzulande ja bei mehr als zwei Parteien ein gern gesehener Gastredner ist, plädierte schon vor einigen Jahren dafür, die Ausgestaltung der Bürgerrechte dahingehend zu überdenken, daß ein Recht auf Teilhabe am gesellschaftlichen Leben an die Seite der ursprünglichen Bürgerrechte der Meinungsfreiheit und des Wahlrechts treten sollte.

Seine Vorschläge laufen auf ein garantiertes Grundeinkommen oder ein Bürgergeld oder eine negative Einkommenssteuer hinaus; wie immer die Sache genannt werden wird, gemeint ist, daß jeder Staatsbürger ein Recht auf Basisversorgung hat (und ei-

ner der angenehmen Nebeneffekte dürfte der sein, daß es im Summe billiger wird).

Ein letzter Punkt soll nicht unerwähnt bleiben: Das allgemeine Wahlrecht umfaßt auch das (negative) Recht, sich an einer Wahl nicht zu beteiligen. Es spricht daher nichts dagegen, daß man auch im Bereich der sozialen Rechte eine analoge Nicht-Teilnahmemöglichkeit schafft. Während es bei Wahlen recht einfach ist, weil der, der sich nicht beteiligen will, einfach nicht hinget, oder wenn er hinget, einen weißen oder mit Kommentaren versehenen Wahlzettel abgibt, würde es einige Phantasie erfordern, ein Verfahren zu finden, das für die freiwillige Nichtanspruchnahme von sozialen Rechten passend wäre. Der springende Punkt ist der, daß damit niemandem etwas weggenommen würde, daß aber denen, die sich nicht aus dem Gemeinschaftstopf bedienen

wollen, entsprechende Möglichkeiten der Nichtteilnahme eingeräumt werden.

Es würde den vielen, die sich an der jüngsten Diskussion über Treffergenauigkeit beteiligten, gut zu Gesicht stehen, darüber nachzudenken, wie es ihnen – und ihrerseits – möglich wird, sozialstaatliche Leistungen, die sie meinen, zu Unrecht zu erhalten, nicht in Anspruch zu nehmen, als auf dem Rücken jener, die es vielleicht brauchen, Spardiskussionen zu führen.

Wer jemals eine Gießkanne benutzt, weiß, daß es einiger Geschicklichkeit bedarf, dieses Instrument richtig zu handhaben: Nicht nur daß man die Menge des zu verteilenden Wassers kontrollieren muß, man muß auch darauf achten, welche Pflanzen denn überhaupt gegossen werden sollen. Ich habe aber noch keinen Gärtner getroffen, der ob der Mühsal dieser Entscheidungen ganz darauf verzichtet hätte, seine Pflanzen zu besprenkeln.

In der Sozialpolitik haben wir es aber glücklicherweise nicht mit willenslos der Fürsorge des Gärtners ausgelieferten Wesen, sondern mit Menschen zu tun, die ganz gut wissen, was sie benötigen und worauf sie legitimerweise Anspruch haben. Diejenigen, die vom Ende des Gießkanneprinzips fabulieren, sollten diesem Umstand etwas mehr Aufmerksamkeit schenken.

Dr. Christian Fleck ist Dozent am Institut für Soziologie der Universität Wien.

LESERSTIMMEN



Kaum zu verwechseln und doch vertauscht: Elisabeth Rosenmayr (ro.), Christine Engel (li.) F: Cromer/Christ

leicht schon von einem Parkettbodenhersteller gehört, der pro verkaufter Meter eine Abgabe leisten muß wie die Hoteliers, die für Übernachtungen Ortstaxe zahlen müssen, von der im übrigen zum Teil die Werbeeinnahmen begeben werden?

Rudolf Klaus
2120 Walkersdorf

Das Gleichnis vom Faschingskrapfen

Betrifft: „Schon gebucht für Silvester 1999?“

STANDARD Nr. 2149, 30. 12. 95 Da werden sich die Leute, die in der Hoffnung auf einen besonders eindrucksvollen Jahrhundert- und Jahrtausendwechsel für Silvester 1999/Neujahr 2000 um sündteures Geld Luxushotels oder -schiffe gebucht haben, ganz schön ärgern, wenn sie erfahren, daß dieses Ereignis erst ein Jahr später stattfindet!

Es gab nämlich in der Weltgeschichte kein Jahr „Null“, somit war der Beginn des 1. Jahrhunderts der 1. Jänner 1. folglich der Beginn des 2. Jahrhunderts der 1. Jänner 101 und der Beginn des 21. Jahrhunderts (3. Jahrtausends) ist der 1. Jänner 2001. Anders gesagt: Das ganze Jahr 2000 gehört noch zu unserem 20. Jahrhundert, und unsere Politiker haben ein Jahr mehr Zeit für die Planung der Budgetdefizite des 21. Jahrhunderts.

Offenbar hat sich auch Stanley Kubrick etwas dabei gedacht, als er seinen grandiosen utopischen Film „2001: A Space Odyssey“ nannte. Einfacheres Beispiel gewünscht? Wenn Sie, Gott behüte, 200 Faschingskrapfen essen, beginnt das zweite Hundert nicht beim 100, sondern beim 101.

Dr. Robert Stern
1170 Wien

Erratum

Betrifft: „Wider den Geist und die Kultur“ – Castbeitrag zur Debatte um die Studienreform von Christine Engel

STANDARD Nr. 2153, 5. 1. 96 Heißt Elisabeth Rosenmayr neuerdings Christine Engel? Sieht Christine Engel aus wie Elisabeth Rosenmayr? Oder umgekehrt?

Wahr ist vielmehr: Das Foto von Elisabeth Rosenmayr (Pressereferentin im Frauenministerium) wurde in der Freitagsgabe irrtümlich zum Kommentar von Christine Engel (Stawistik-Professorin in Innsbruck) ins Blatt gerückt.

Wir bitten um Entschuldigung und sehen dem für kommende Woche geplanten Experiment, einen von Elisabeth Rosenmayr verfaßten Kommentar ohne Foto von Christine Engel zu publizieren, mit Zuversicht entgegen. (red)

Hoteliers verkaufen keine Parkettböden

Betrifft: „Bauernfänger“

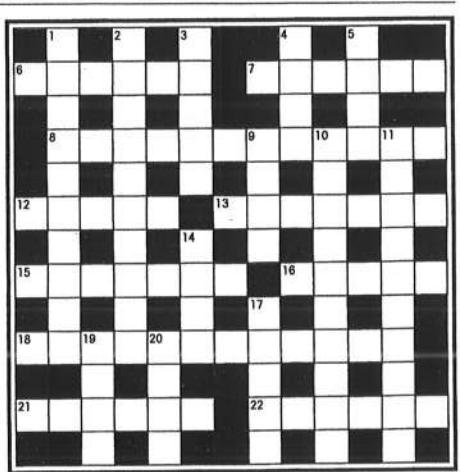
STANDARD Nr. 2150, 2. 1. 95 In og. Kommentar regen Sie an, daß die Hoteliers Ihre Werbung selber zahlen sollen.

Wir würden dies auch gerne machen, wenn da nicht diverse Belastungen wären, die anderen Branchen völlig fremd sind, wie zum Beispiel Getränkesteuer und Alkoholabgabe. Oder haben Sie viel-

Nr. 2143 RÄTSELHAFT © phoe-nixen

Waagrecht: 6 Als Christlekind ein detektivisches Mißstück 7 Als Ungeheuer weitgehend ein Lücken-Büßer 8 Solche Worte gelten staatlichen Neuankömmlingen? 12 So deutsch spricht der Flachmann 13 Abstimmungsergebnis beim Kleiderkauf 15 So grazlös können nur Couragierte sein 16 Natürlich elne Roßschwanzträgerin 18 Bei Licht betrachtet, eine dramatische Diagnose, wie es heißt 21 Im Restaurant „Zum knurrenden Magen“. „Die Blumen eß ich vom Gesteck, / schließlich zahl ich für's –.“ 22 So lächelt sich's im Solarium?

Senkrecht: 1 Marokkanische Filmmetropole, verschafft Bill Clinton Helmtagefühle 2 Augenblickliche Ausführer des Suchbefehls? 3 Produkte aus der Kunstfabrik 4 Als der Ist Herr Major vornämlich bekannt 5 Was sucht das blinde Huhn in der Getreidegasse? 9 Wird nahe Regensburg mündig und trägt zum Donaufuß bei 10 Substitutgeldinstitut? Darauf sind Mächtegergn-SpielerInnen versessen! 11 Stammrunde im Dampfbad? anrühriches Ambiente! 14 Österreichische Kapitalinvestition in Moldawien 17 Der Peter sieht schwarz, auch wenn er's nicht ist 19 First-Fashion: „Damit echt flott den Wald ich rede, / kield ich mich immer nach der –.“ 20 Hirscht durch den Norden, um dich auf die Schaufel zu nehmen



Rätselaufösung Nr. 2142 vom 6. Jänner 1996:
Waagrecht: 6 MONITOR 7 KARAT 8 LERNT 10 RIESEL
 11 DREHSTUEHLE 13 MITTELALTER 17 WIGT 18 BUDEL 19 CAMUS
 20 UNGNADE
Senkrecht: 1 BOXEN 2 DIENER 3 ROTER HELLER 4 KAMELE 5 KAMELLE
 6 BRETTLEBEN 12 MINIMAL 14 TAGAU 15 ENDING 16 WER DA